

Aus der XVI. Vollversammlung vun der Lëtzeburger Diözesansynod

Eigentlich habe ich gar keine Lust, noch lange Kommentare zur Synode zu schreiben. Ein paar Notizen sollen genügen.

Die Synode liegt nämlich auf dem Sterbebett, und ich möchte mich nicht am qualvollen Spiel der 16. Vollversammlung vom 18.-19.11.1978 beteiligen, die Kranke kurz vor ihrem Tode nochmals aufzupäpeln. Zu bedauern ist nur, dass es die der Kirche gehörende Presse war, die durch ihren Synodenboykott dem 1971 gesund geborenen Mitbestimmungsorgan der katholischen Kirche die Todesspritze versetzte.

Im Übrigen blieb mir der Einsatz, um den es bei den Diskussionen über das Ordensleben in Luxemburg ging, schleierhaft. Vielleicht kann mal eine kompetentere Person in "forum" die Wichtigkeit der Orden für das Leben der Gesamtkirche im sich säkularisierenden Luxemburg darstellen. Avis aux amateurs.



*Ich bin in den Orden eingetreten,
um der Gleichförmigkeit unseres
heutigen Lebens zu entrinnen.*

Die Debatten über die Privatschulen verliefen, abgesehen von einer demagogischen Intervention eines Religionslehrers, der die Synodalversammlung gegen die jungen Lehrer aufhetzen zu müssen glaubte, einigermaßen sachlich. Ob die zuständige Kommission, und die Vollversammlung, das eigentliche Problem aber besser begriffen haben, wage ich zu bezweifeln. Die KO 2 gab nicht einmal eine abschliessende Stellungnahme mit Antworten auf die Fragen ab, die in der Generaldebatte aufgeworfen worden waren. Und doch waren das keineswegs nebensächliche Detailfragen. Die von mehreren Rednern aufgestellte These, das Problem "Privatschulen" werde in der Vorlage zu eng gesehen, zu "klerikalistisch" könnte man sagen, denn die Alternative sei nicht Staats- oder Privatschule, sondern freie, von den Betroffenen getragene und organisierte oder zentralistisch (von Staat oder Kirche) verwaltete Schule (vgl. "forum" 22 / 19.2.78), wurde von der KO genugsam ignoriert. Ja, die Vollversammlung rief sogar zur Schaffung einer Kampfgruppe auf, um nach dem

Beispiel von "La vie naissante" die Interessen der katholischen Privatschulen offensiv zu vertreten. Diese Diskussion hatte den Verdienst, deutlich zu machen, dass die Hauptschwierigkeiten finanzieller Natur sind, und ganz einfach eine Unterstützung durch die Allgemeinheit erwartet wird. Darüber kann man in der Tat diskutieren, doch die Vorlage wollte dieses Kernproblem offensichtlich verdecken und erging sich seitenlang in Beweisführungen über die prinzipielle Berechtigung nicht-staatlicher Schulen, die m.W. niemand in Luxemburg bestreitet.

Wie unrealistisch manche Synodalen diese hochpolitischen Fragen angehen, wurde einmal mehr deutlich: "Wann d'Katholiken all eng Partei gëifen wielen, di fier d'Privatschoulen antrëtt wär de Problem schnell geléist," meinte ein Redner. Rauschender Beifall war ihm sicher, während den Demokraten ein Schaudern durchfuhr. Den Vogel in Sachen Klerikalismus schoss aber Generalvikar M. Schiltz in einem Kommentar für RTL ab: "Wu d'Staatschoule nach kathoulesch waren, huet de Problem sech nët gestallt." Arme Kirche, deren "Hirten" immer noch der Christenheit nachtrauern, die es nach J. Delumeau nie gegeben hat. Ob sie wohl wissen, wie demobilisierend solche Parolen wirken können und wie politisch unklug sie sind? Warum z.B. sollte man dann noch Religionsunterricht in den Staatsschulen haben, wenn es kath. Privatschulen gibt? Und wäre es nicht die erste Aufgabe eines christlichen Lehrers in den Staatsschulen gegen den dortigen "Profitgeist und Materialismus", Leistungszwang und Rücksichtslosigkeit, "Konsum- und Luxusdenken" (so die Beschreibung in der Vorlage) anzugehen. Aber wenn schon der Generalvikar der Diözese einem in den Rücken fällt und zum Rückzug ins Privatschulghetto bläst ...

*
Dieser Rückzug ins katholische Ghetto scheint von den Synodenverantwortlichen auch auf dem Gebiet der Presse angetreten worden zu sein. Nach dem Ausschluss eines "tageblatt"-Journalisten vom synodalen Presstisch (vgl. "forum" 17 / 16.7.1977) wird seit einiger Zeit auch dem "Lëtzeburger Land" kein Material aus der Synode mehr zugestellt. (vgl. L.L., 17.11.1978) Wann werden diese Fehlentscheidungen ausgebügelt werden?

m.p.

*
Einmal mehr wurde in der letzten Vollversammlung der Synode die Frage der politischen Rechte der Ausländer aufgeworfen. Einmal mehr machte sich ein grosses Unbehagen breit. Die Synode will Gleichberechtigung, doch wenn es um das Konkrete geht, scheiden sich die Geister.

Einerseits wollten die Antragsteller gleiche soziale, zivile und politische Rechte für die Ausländer. Selbstverständlich ist es nicht Aufgabe der Synode, hier Modalitäten und Etappen vorzu-

schlagen, sondern auf die Verbesserung der Demokratie hinzuweisen. Andererseits wurden Angstgefühle beschworen, auf die Sicherheit der Luxemburger angespielt, der Kirche Einmischung in die Politik vorgeworfen. Hauptsächlich wurden die Begriffe "politische Rechte", "zivile Rechte" zerredet und verschiedenartig ausgelegt.

Ziel der Antragsteller war es, Gleichberechtigung auf allen Gebieten zu fordern. Spricht man von Zuerkennung von politischen Rechten, ist es selbstverständlich, dass die Voraussetzungen dazu, nämlich 100% Gleichstellung auf sozialem und zivilem Gebiet, gegeben sein müssen.

Übrigens hat ein Sprecher der Antragsgegner nachher, im Privatgespräch, seine grundsätzliche Opposition zum Wahlrecht, auch bei Gemeindewahlen, eingestanden. Im Plenum wurde diese klare Position leider mit formellen Anträgen zugeschützt. Schade! Immerhin wurde der Antrag nur knapp verworfen: 62 Stimmen dafür, 57 dagegen sowie 11 Enthaltungen.

Leider hat die Synode sich nicht vom "Realismus" der Berufspolitiker loslösen können um prophetisch "den zügigen Ausbau der Rechte der Ausländer bis hin zur Gleichberechtigung" zu fordern.

Serge